

Das 3,75 Milliarden Euro-Landesbankdesaster schreit nach Aufarbeitung und Schadenersatz

Rede von Harald Güller, MdL,
stellvertretender Vorsitzender des HypoGroup Alpe-Adria-Untersuchungsausschusses
zur Schlussbilanz der Aufklärungsarbeit im Bayerischen Landtag.
(leicht gekürzt)

29. März 2011

Nach einem Jahr Untersuchungsausschuss ist heute der Tag der Wahrheit. Der Untersuchungsausschuss zieht Schlussbilanz. Dieser Landtag wird sich mit dem Landesbankdesaster und den 3,75 Milliarden Euro, die den Bürgerinnen und Bürgern Bayerns an Schaden entstanden sind, noch oft beschäftigen müssen. Leider!

Und nach dem, was Kollege Herrmann heute vorgetragen hat, befürchte ich sogar: noch öfter, als ich vor Beginn seiner Rede gedacht hatte.

Ich habe das, was Kollege Kreuzer noch als Vorsitzender aufgeschrieben und was er auch in seinem Pressestatement verkündet hat, dass auch zivilrechtlich ernsthaft an einer Aufarbeitung des Desasters gearbeitet wird, dass man auch für die Zukunft schaut, dass diese Landesbank in ruhigeres Fahrwasser kommt und zum Beispiel ein Geschäftsmodell diskutiert wird, ernst genommen.

Nach Ihren Ausführungen, Herr Herrmann, kann ich nur sagen: Sie machen das Gleiche wie bei der Atomdebatte. Sie drehen sich nach dem Wind. Letzte Woche mussten Sie zugeben, dass alle Verwaltungsräte pflichtwidrig gehandelt haben, dass selbst nach Ihrer Meinung nicht auszuschließen ist, dass Herr Naser und Herr Faltlhauser grob pflichtwidrig gehandelt haben und dass damit Schadensersatzklagen möglich sind. Weil heute aber hier in der ersten und zweiten Reihe der CSU Ihre Chefs sitzen, die nach wie vor in Amt und Würde sind, machen Sie sich hier lieb Kind.

Aber zumindest einen Vorteil hatte Ihre Rede doch, Herr Herrmann: Ich habe Sie hier ungefähr zehnmal so lange reden hören wie in einem Jahr Untersuchungsausschuss.

Durch sachliche Äußerungen, durch Nachfragen, durch den Eifer, irgendetwas zu erkunden, sind Sie mir in diesem Ausschuss nicht aufgefallen. Das darf ich an dieser Stelle schon einmal klar sagen. Am letzten Tag mal kurz die Klappe aufmachen und eine vorgefertigte Rede vorlesen, Herr Kollege, das finde ich dann doch ein gutes Stück zu dünn für die Arbeit dieses Untersuchungsausschusses.

Die 3,75 Milliarden Euro Schaden schreien nach einer Aufarbeitung des Sachverhalts, sie schreien geradezu nach der Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegenüber

Verwaltungsräten und Vorständen, wo sie möglich sind, sie schreien danach, endlich ein tragfähiges Geschäftsmodell für die Bayerische Landesbank zu entwickeln, damit ein solches Desaster in Zukunft nicht mehr passieren kann, und sie schreien auch danach, dass die CSU und einzelne ihrer Vertreter im Verwaltungsrat endlich auch einmal politische Verantwortung für das Desaster übernehmen, Kolleginnen und Kollegen.

Wie rechtfertigen Sie es denn, sehr geehrte Kollegen der CSU, dass an der Spitze Ihrer Fraktion mit Georg Schmid nach wie vor ein ehemaliger Verwaltungsrat steht, obwohl selbst in Ihrem Bericht steht: "Daher trifft alle Verwaltungsräte zunächst der Vorwurf, dass sie nicht nur pflichtwidrig, sondern auch einfach fahrlässig gehandelt haben."

Wie verträgt sich das mit einer Position in diesem Hause? Wie verträgt es sich damit, dass Herr Huber, jetzt in der zweiten Reihe des Plenums, immer noch große Töne zur wirtschafts- und finanzpolitischen Unfehlbarkeit der CSU spuckt und gleichzeitig Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses dieses Landtags ist? Wie verträgt es sich damit, dass Herr Schaidinger als letzter Überlebender des Sparkassenverbandes im Verwaltungsrat nach wie vor glaubt, die Geschicke der Bayerischen Landesbank leiten zu können, wenn selbst Sie zugeben müssen, dass all diese Personen pflichtwidrig gehandelt haben und ihren Pflichten im Verwaltungsrat der Bayerischen Landesbank und damit gegenüber der Bevölkerung des Freistaats Bayern nicht nachgekommen sind?

Mit etwas mehr Anstand und Charakter hätten sie ihre Ämter bereits im vergangenen Jahr niedergelegt, oder sie würden die heutige Aussprache dazu nutzen, endlich Konsequenzen zu ziehen und zu sagen: Ja, ich habe Fehler gemacht und ich ziehe auch politische Konsequenzen aus diesen Fehlern.

Was Herr Herrmann vorgetragen hat, ist nur die Fortsetzung dessen, woran man feststellt, wie unangenehm Ihnen dieses Thema ist.

In der vergangenen Woche haben Sie im Ältestenrat bei der Diskussion darüber, ob man dieses Thema, das, wie ich glaube, die Öffentlichkeit doch wirklich interessiert, nicht an die erste Stelle der Tagesordnung nehmen sollte, so wie es auch die Medien gewünscht haben, geäußert: Wir müssen auf unserer Ministerbefragung bestehen, und wir sind auch nicht damit einverstanden, dass die Tagesordnung umgestellt wird.

Ihre Haltung zur Einordnung dieses Punktes in die Tagesordnung ist die Fortsetzung dessen, was Sie wollen: das Thema auf eine für Sie möglichst angenehme Zeit legen. Aber das wird Ihnen nicht gelingen!

Ob heute oder morgen ein paar Zeilen mehr in der Zeitung stehen oder nicht - das Thema Landesbank wird der CSU wie ein Mühlstein am Hals hängen. Die Menschen in unserem Land haben begriffen - aufgrund der Ermittlungen des Untersuchungsausschusses, aber auch aufgrund der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im letzten Jahr, dass Sie mit Ihrer Wirtschaftskompetenz in diesem Verwaltungsrat schlichtweg versagt haben.

In die Köpfe der Menschen hat sich das eingebrannt.

Die Vertreter der Medien, die den Untersuchungsausschuss intensiv begleitet haben, konnten sich aus erster Hand einen Eindruck davon verschaffen, wie die Zeugen ausgesagt haben, wie sie auf Fragen geantwortet haben und wie glaubhaft die Behauptung ist, dass sie tatsächlich ein ganzes Wochenenden lang seitenweise Berichte gelesen hätten, um aber am Montag doch darauf zu kommen, lieber keine Nachfragen zu stellen, sondern lieber den Umlaufbeschluss vom 23. April 2007 zu unterzeichnen.

Ab heute ist das alles schwarz auf weiß nachlesbar. Der Abschlussbericht des Untersuchungsausschusses liegt - für alle Mitglieder des Landtages, aber auch für alle Bürgerinnen und Bürger einsehbar - vor. Er ist eine insgesamt 298 Seiten lange präzise Dokumentation des Versagens der Verwaltungsräte, die in ihrem Job die Maxime hatten: "Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen und schon gar nicht" - wenn sie denn schon mal anwesend waren - "in der Sitzung nachfragen!".

Der Abschlussbericht ist aber auch eine präzise Dokumentation des Fehlverhaltens der Vorstände der BayernLB, das bis hin zu strafrechtlich relevanten Vorgängen reicht. Er ist vor allem eine Dokumentation des Größenwahns der CSU und insbesondere von Herrn Stoiber, die die Bank und damit den Freistaat in ein finanzielles Desaster bisher nicht gekannten Ausmaßes gestürzt haben. Das Motto hieß: "Immer größer, immer weiter!" Es

wurde überhaupt nicht mehr darauf geachtet, was im Landesbankgesetz als Aufgabe der Bayerischen Landesbank statuiert ist: Mittelstandsförderung, Hausbank des Freistaats, Unterstützung des Sparkassenwesens. Von der Entwicklung hin zu einem global Player - mit einem Unterwegssein in Südosteuropa sowie Dependancen in Shanghai und New York - steht in diesem Gesetz nichts.

Von den Vorgaben des Gesetzes haben Sie sich aufgrund dieses Größenwahns - "Wir können alles besser, wir sind die Schönsten" - weit entfernt. Das ist eine Ursache dafür, dass es zu diesem Desaster gekommen ist.

Keine Frage: Es gibt Unterschiede in der Bewertung einzelner Fragen; da stimme ich Ihnen zu, Herr Herrmann. Bei der Frage "grobe oder einfache Fahrlässigkeit?" geht es um den Kern des Untersuchungsausschusses - aus Ihrer Sicht. Letztlich geht es Ihnen mit Ihrer abweichenden Bewertung aber doch nur um eines: den Schutz der letzten Heiligtümer in Ihrer Fraktion, der amtierenden Abgeordneten Beckstein, Huber und Schmid, und um die Bewahrung des Andenkens des ehemaligen Ministerpräsidenten Stoiber. Zu allem anderen haben wir im Untersuchungsausschuss breite Übereinstimmung erzielt.

Offensichtlich haben Sie - abgesehen von dem Hinweis darauf, dass es in einer Fußnote "ÖVP" statt "ÖVB" heißen muss - unsere Anmerkungen nicht gelesen. Die Beantwortung der Fragen umfasst bei Ihnen 69 Seiten; wir haben sie auf 103 Seiten ergänzt, bei weitgehender Übernahme aller Ihrer Feststellungen und Bewertungen. Wir haben einige Ausführungen dazugetan. Ich zitiere dann schon einmal aus dem nicht-öffentlichen Teil der letzten Sitzung, in der Sie gesagt haben:

Wir könnten dort in weiten Teilen doch mitstimmen; aber aufgrund der Zeit und des Duktus der Beantwortung der Fragen wollen wir doch davon Abstand nehmen.

Reden Sie doch bitte nicht, nur um einigen in der ersten und der zweiten Reihe Ihrer Fraktion zu gefallen, den Kompromiss und die Einigkeit, die wir im Ausschuss erzielt haben, klein, sondern bleiben Sie bei der Wahrheit. Es gibt große Übereinstimmung. Nur in der Frage "grobe oder einfache Fahrlässigkeit?" gibt es einen großen Dissens, und der ist mehr der CSU-internen Situation und dem Schutz ihrer Heiligtümer geschuldet als anderen Dingen.

Wir sind uns doch einig, dass der Verwaltungsrat am 20. April 2007 eine 69-seitige Präsentation bekam, in der 24 Warnhinweise standen, warum man die Bank zu diesem Zeitpunkt und zu diesem Preis nicht kaufen könne. 24 Warnhinweise - das haben uns mehrere Zeugen bestätigt.

Bei dieser Sitzung waren zum Beispiel Herr Huber, Herr Beckstein und Herr Schmid nicht anwesend. Nichtsdestotrotz hat man am 23. April dem Beschluss im Umlaufverfahren zugestimmt. In der Präsentation stand, dass die erste Prüfung in Kroatien noch nicht stattgefunden habe. Darin stand, dass die Prüfung in Kärnten noch nicht abgeschlossen sei. Darin stand, dass 300 Aktenordner nicht ordnungsgemäß seien. Darin stand, dass Akten ausgetauscht worden seien. Darin stand, dass die Kreditengagements noch nicht ausreichend geprüft worden seien. Und darin stand, dass eine weitere Prüfung, eine "Due Diligence II", notwendig sei.

Sie haben am Montag zugestimmt, ohne eine Rückfrage. Auch danach - das hat der Ausschuss wiederum einstimmig festgestellt - haben Sie das ganze Jahr über kein einziges Mal nachgefragt, ob es eine zweite Prüfung gegeben hat, wenn ja, was sie ergeben hat, ob der Kaufpreis angemessen und die Kaufpreisberechnung richtig waren. Sie haben auch nicht ein Mal nachgefragt, was denn in diesem Kaufvertrag alles steht.

Der Kaufvertrag hat 23 Seiten - ein riesiges Werk für den Kauf einer Bank für 1,625 Milliarden Euro. Veröffentlicht wurden die 23 Seiten von "Profil" im Januar 2010. Der Vertrag wurde zum Beispiel von Georg Schmid bis zum 28. Oktober 2010, seiner Vernehmung im Untersuchungsausschuss, nicht einmal angeschaut, nicht einmal gelesen. Es war die SPD, die ihm den Vertrag danach, schön verpackt, gegeben hat, verbunden mit der Ansage: "Es wäre zumindest nach der Aussage im Untersuchungsausschuss doch ganz nett, den Vertrag zu lesen, auf dem das ganze Desaster beruht."

Niemand von den Verwaltungsräten hat nachgefragt, wie der Vertrag ausgestaltet ist, und das das ganze Jahr 2007 über, einige, wie gesagt, nicht einmal bis 2010.

Wie ernst die Kolleginnen und Kollegen der CSU ihren Job genommen haben, zeigt die Schwänzerliste: 2006 und 2007 - das war der entscheidende Zeitraum - fanden 21 Sitzungen des Verwaltungsrates statt. Beckstein war 15 Mal, nein, nicht "anwesend", sondern "nicht anwesend". Bei sechs von 21 Sitzungen war er anwesend. Dennoch hat er fleißig einen Beschluss gefällt, ihn aber nicht einmal richtig angeschaut.

Herr Huber hat bei zehn von 21 Sitzungen gefehlt, Herr Schmid elfmal, unter anderem bei den entscheidenden Sitzungen, weil man Staatsgeschäfte - zwei Straßeneinweihungen! - wahrnehmen musste. Zwei Straßeneinweihungen sind demnach wichtiger als das größte Geschäft, das die Bayerische Landesbank jemals gemacht hat.

Kollege Schmid, der Einwand, das habe nicht auf der Tagesordnung gestanden, ist richtig. Dann dürfen Sie aber, wenn Sie am Freitag fleißig Bünde durchschneiden und Straßen eröffnen, nicht am Montag dennoch den Beschluss fassen, sondern dann müssen Sie sagen: "Ich fasse ihn eben nicht! Wir machen noch eine Sitzung. Ich höre mir das noch einmal an und stelle Fragen."

Kollege Schmid, Sie waren es doch, der vor dem Untersuchungsausschuss behauptet hat: Ich war zwar nicht da am Freitag, aber ich habe es über das Wochenende gelesen. Da war keine Frage mehr offen. Darum habe ich am Montag unterschrieben. - Das waren doch Sie im Untersuchungsausschuss! Und jetzt erzählen Sie mir: Weil es nicht auf der Tagesordnung gestanden ist, konnte man am Montag zustimmen. Das ist doch in höchstem Maße erbärmlich, lieber Kollege.

Nein, Sie hätten eine eigene Sitzung einberufen müssen, und wenn die anderen das nicht tun wollten, dann hätten Sie schlicht und ergreifend nicht zustimmen dürfen. Da hat es nämlich auch die Möglichkeit gegeben: "Nein, ich stimme dem Beschluss nicht zu." Ich weiß nicht, ob Sie es gesehen haben.

Wir haben festgestellt, dass die Verwaltungsräte blindes Vertrauen hatten. Auch das steht im CSU-Bericht. - Blindes Vertrauen, nicht Kontrolle.

Aufgabe der Verwaltungsräte ist es, den Vorstand zu kontrollieren, Aufgabe der Verwaltungsräte ist es, die Geschäftspolitik, die Leitlinien zu bestimmen. Aufgabe wäre es gewesen, die Südosteuropa-Strategie zu diskutieren, nicht aber blindes Vertrauen zu üben. Blindes Vertrauen ist fehl am Platze und führt dazu, dass man fahrlässig bzw. grob fahrlässig handelt. Das ist die Erkenntnis des Untersuchungsausschusses. Wer einfach nicht kontrolliert und blind vertraut, ist dann eben auch zivilrechtlich haftbar und sieht sich einem Schadenersatzanspruch gegenüber.

Ihr Punkt, bei dem Sie sagen: Da kommen wir heraus, lautet: Wir haben nur fahrlässig gehandelt. Dazu die erste Feststellung: Haben Sie sich diesen Beschluss schon einmal angeschaut? Das ist keine gesetzliche Norm. Normalerweise haften Verwaltungsräte bei Fahrlässigkeit. Aber die Herrschaften in der Bayerischen Landesbank haben Anfang der 2000-er Jahre selber in ihre Satzung hineingeschrieben: Nein, wir wollen nicht mehr bei einfacher Fahrlässigkeit haften. Das ist ja vielleicht mühsam und man muss öfter in Sitzungen gehen. Nein, wir haften nur noch für grobe Fahrlässigkeit. Sie selbst berufen sich jetzt auf etwas, was Sie nur für sich selbst als Sonderrecht in die Satzung der BLB hineingeschrieben haben. Ob das rechtmäßig ist, wird sich in den nächsten Jahren erweisen. Es gibt schon erste ernst zu nehmende Artikel, die wir in unserem Schlussbericht auch zitieren und die besagen, dass man das Thema der Haftung angehen muss. Aber man muss das Thema der Haftung nicht erst nach einem langwierigen Rechtsstreit angehen, sondern man muss dieses Thema auch politisch heute schon angehen. Deshalb muss der Haftungsmaßstab zumindest in der Satzung der Bayerischen Landesbank ab sofort wieder auf einfache Fahrlässigkeit gesenkt werden.

Dies können wir, und dies werden wir als Folge des Untersuchungsausschusses auch in diesem Haus beantragen.

Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich für den Ablauf des Untersuchungsausschusses. Bis auf einen Endbericht mündlicher Art, der mit dem schriftlichen Bericht der CSU offensichtlich nichts mehr zu tun hatte, war das Zusammenarbeiten zumindest mit Herrn Kreuzer in Ordnung.

Ich danke dem Landtagsamt, ich danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Fraktionen. Ich danke meinen Kollegen insbesondere auf Oppositionsseite. Es ist ja nicht selbstverständlich, dass man bei einem solchen Bericht so eng und so gut zusammenarbeitet. Vielen Dank, liebe Inge Aures, vielen Dank Herr Pohl, lieben Dank, Sepp Dürr, dafür, dass wir so gut zusammengearbeitet haben. Ich glaube schon, dass wir dem Bayerischen Landtag am Ende, am heutigen Tag, etwas Gutes vorlegen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Untersuchungsausschuss zur Landesbankaffäre war ein notwendiger und - ich sage: - vor allem ein erfolgreicher Untersuchungsausschuss. Ich würde fast meinen, es war bisher der erfolgreichste Untersuchungsausschuss dieses Hauses. Zudem hat er Maßstäbe gesetzt. Das, was wir in diesem Bericht vorlegen, muss im Landtag, muss in der Staatsregierung und muss in der BayernLB Konsequenzen haben.

Das ist die Aufgabe des Landtags. Wir werden das kontrollieren, wir werden es begleiten, und wir werden die entsprechenden Anfragen und Anträge stellen. Das Thema der Haftung, der strafrechtlichen Verfolgung von Vorständen, die Frage, ob es ein Geschäftsmodell gibt, die Frage, wie der Haftungsmaßstab aussieht, werden wir immer wieder auf die Tagesordnung dieses Hauses bringen.

Für uns war der Untersuchungsausschuss erfolgreich. Dass er von Ihnen als CSU nicht als erfolgreich betrachtet wird, weil Sie zugeben mussten, dass Ihre Verwaltungsräte falsch gehandelt haben, und weil Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz durch den Kauf der HGAA massiv zerstört wurde, ist Ihr Problem. Sie werden Verständnis dafür haben, dass mir das relativ egal ist. Uns geht es um das Geld der Bürgerinnen und Bürger des Freistaats, uns geht es darum, möglichst einige Euro des immensen Schadens zurückzuholen. Uns geht es darum, dass es in Zukunft in diesem Haus, in der Landesbank, unter den Augen der Staatsregierung nicht noch einmal zu einem solchen Desaster kommt. Dafür sind wir gewählte Parlamentarier, und dafür nehmen wir in dieser Wahlperiode auch unsere Position als Opposition wahr. Das nächste Mal werden wir sowieso das Landesbankgesetz grundlegend ändern.